

Les tiers dans les relations franco-allemandes
Dritte in den deutsch-französischen Beziehungen

Les tiers
dans les relations
franco-allemandes
Dritte in den
deutsch-französischen
Beziehungen

Im Auftrag des
Deutsch-Französischen Historikerkomitees
herausgegeben von
Christian Baechler und Klaus-Jürgen Müller

R. Oldenbourg Verlag München 1996

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Les tiers dans les relations franco-allemandes = Dritte in den deutsch-französischen Beziehungen / im Auftr. des Deutsch-Französischen Historikerkomitees hrsg. von Christian Baechler und Klaus-Jürgen Müller. – München : Oldenbourg, 1996

ISBN 3-486-56272-X

NE: Baechler, Christian [Hrsg.]; Dritte in den deutsch-französischen Beziehungen

© 1996 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56272-X

Table des matières – Inhaltsverzeichnis

Préface des Éditeurs	7
<i>Klaus-Jürgen Müller</i>	
Einleitung.....	9
 Les grandes puissances entre la France et l'Allemagne – Großmächte zwischen Frankreich und Deutschland	
<i>Klaus Schwabe</i>	
Die Vereinigten Staaten und die Sicherheit Frankreichs 1918-1955.....	19
<i>Georges-Henri Soutou</i>	
La place de l'URSS dans la politique allemande de la France 1943-1969	45
<i>Roland Höhne</i>	
Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsch-französischen Beziehungen 1970-1991	63
<i>Cyril Buffet</i>	
„Une étrange histoire d'amour“: Le facteur britannique dans les relations franco- allemandes 1945-1963	85
 Les moyennes et petites puissances entre la France et l'Allemagne – Mittlere und kleinere Mächte zwischen Frankreich und Deutschland	
<i>Raymond Poidevin</i>	
Les États balkaniques théâtres d'affrontement entre intérêts français et allemands avant 1914.....	97
<i>Gilbert Trausch</i>	
Luxemburg als Dritter zwischen Deutschland und Frankreich	105
<i>Pierre Guillen</i>	
L'Italie dans les relations franco-allemandes au début du XXe siècle 1904-1915.....	119
<i>François Roth</i>	
La Belgique dans les rapports franco-allemands au moment de l'affaire de la Ruhr	127

Ilja Miecz

Der Einfluß der „Orientalischen Frage“ auf die französisch-preussischen
Beziehungen im 19. Jahrhundert 139

Heinrich Küppers

Der Faktor Polen in der deutschen Frankreichpolitik 1918-1934 155

Facteurs transnationaux et médiations culturelles – Transnationale Faktoren und kulturelle Vermittlungen

Louis Dupeux

Communisme et patriotisme en France et en Allemagne de 1919 à 1939..... 167

François-Georges Dreyfus

Les Protestantismes entre la France et l'Allemagne 1850-1933 175

Annie Lacroix-Riz

Le Vatican, la France et l'Allemagne après les deux guerres mondiales 183

Heidrun Homburg

Industrielle Rationalisierung zwischen Politik und nationaler Kultur:
Eine deutsche und französische Sicht auf das amerikanische Modell
in den 1920er Jahren 195

Dieter Tiemann

Deutsche Jugend zwischen Ost und West – ein Aspekt der Diskussionen um
Kulturtransfer Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre..... 207

Werner Scholz

Das deutsch-französische Verhältnis in den internationalen Kulturorganisationen
der Zwischenkriegszeit 215

Participants au Colloque de Paray-le-Monial

Teilnehmer an dem Kolloquium in Paray-le-Monial 225

Index 227

Préface des Éditeurs

Le Comité franco-allemand de recherches sur l'histoire de la France et de l'Allemagne aux XIX^{ème} et XX^{ème} siècles s'est donné comme objectif principal de favoriser le dialogue scientifique binational et multinational et d'améliorer la coordination des recherches. Les origines du Comité sont précisées dans le tome I de *Élites en France et en Allemagne aux XIX^{ème} et XX^{ème} siècles*, recueil des Actes de son deuxième colloque. Le Comité présente dans ce volume les Actes de son quatrième colloque, réuni du 5 au 8 octobre 1994 à Paray-le-Monial. Le souci d'une publication rapide explique que plusieurs communications ne puissent être publiées.

Le colloque et la publication des Actes ont été possibles grâce au soutien du Centre National de la Recherche Scientifique et du Ministère de l'Enseignement supérieur et de la Recherche, du côté français, et de la Société d'encouragement de la *Saarbrücker Zeitung*, du côté allemand.

Le colloque a été organisé par Georges-Henri Soutou, Franz Knipping et Rainer Hudemann. Les sections ont été coordonnées par les membres du bureau: Christian Baechler, Louis Dupeux, Rainer Hudemann et Klaus-Jürgen Müller. Le manuscrit des Actes a été préparé par Christian Baechler et Klaus-Jürgen Müller. Kerstin Sörensen a établi l'index. La mise en page est de Danielle Roth.

Christian Baechler, Klaus-Jürgen Müller

Klaus-Jürgen Müller

Einleitung

Auf dem 3. Kolloquium des Deutsch-französischen Historiker-Komitees in Paray-le-Monial wurde eine Thematik aufgenommen, die auf weite Strecken hin Neuland im binationalen Vergleich darstellt: Die internationalen Dimensionen des deutsch-französischen Verhältnisses (Les „Tiers“ dans les relations franco-allemandes). Es ging dabei um *die Bedeutung „Dritter Faktoren“ für das deutsch-französische Verhältnis*.

Was ist mit dem Begriff „Dritte Faktoren“ bzw. „internationale Dimensionen“ im Zusammenhang mit den deutsch-französischen Beziehungen gemeint? Die Antwort auf diese Frage führt direkt in *die inhaltliche und methodische Problematik des Themas*, die vornehmlich in der beträchtlichen Verschiedenheit und Vielfältigkeit solcher „Faktoren“ und Einflußelemente liegt: erstens waren es – was ebenso offenkundig wie banal ist – Staaten, welche die deutsch-französischen Beziehungen beeinflussten; doch ebenso offenkundig ist, daß diese Einwirkung von höchst unterschiedlichem Charakter war und sein mußte je nach dem, ob es sich um Großmächte, um mittlere oder um kleinere Staaten handelte. Davon zu unterscheiden sind zweitens nicht-staatliche „Faktoren“ wie internationale Organisationen, transnationale Ideologien und universal ausgerichtete, kirchlich verfaßte Religionen bzw. Konfessionen. Faktoren solcher Art haben das Verhältnis beider Länder zueinander in einer Art und Weise beeinflusst, die sich von den Einwirkungen durch Staaten erheblich unterscheiden. Dabei gab und gibt es drittens Phänomene, in denen sich die Sphären von international anerkannter Staatlichkeit und nicht-staatlichen Machtfaktoren gleichsam überschneiden: so ist der Vatikan nicht nur als Vatikanstaat ein internationales Völkerrechtssubjekt, sondern vor allem als Heiliger Stuhl auch ein Faktor, der sowohl Völkerrechtssubjekt *sui generis* als auch oberster Repräsentant einer weltumspannenden religiösen Gemeinschaft ist. Er wirkt aufgrund all dieser Qualitäten auf das internationale Geschehen ein.

Die erwähnten Verschiedenheiten haben nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Bedeutung, welche solche „dritte Faktoren“ für die bilateralen Beziehungen der beiden Nachbarländer hatten. Es ist evident, daß *die Einwirkungsmöglichkeiten* großer oder kleiner Staaten sowie nicht-staatlicher oder nicht nur staatlich verfaßter „Faktoren“ nach Form, Inhalt und Intensität doch sehr unterschiedlich sein können. Der Vatikan konnte zum Beispiel sowohl auf der rein zwischenstaatlichen Ebene ebenso intensiv agieren wie auf der

nicht-staatlichen kirchlichen Ebene als Zentrum der Weltkirche, auf das die verschiedenen nationalen Kirchen ausgerichtet waren.

Das gilt *mutatis mutandis* auch für die Einwirkungsmöglichkeiten von Ideologien, die – wie der Kommunismus – nicht nur einen analogen universalen Anspruch erhoben, sondern diesen Anspruch auch in einer organisatorisch-institutionellen Form manifestierten wie etwa die kommunistische Internationale. Komplexer wird in diesem Fall das Problem noch dadurch, daß bis an die Schwelle unserer Tage die Sowjetunion zwar ein Großstaat mit spezifischen Großmachtinteressen war, aber zugleich auch die machstaatliche Verkörperung des internationalen Kommunismus, der kommunistischen Ideologie, darstellte. Dadurch gerieten die kommunistischen Parteien in den einzelnen Staaten in eine ambivalente Situation, die – bei aller inhaltlichen Unterschiedlichkeit und aller Verschiedenheit im Selbstverständnis – doch analog zu jener von nationalen Gliedkirchen einer Weltkirche war.

Schwerer zu fassen ist das Gewicht, das im deutsch-französischen Beziehungsgeflecht sogenannte „kulturelle Mittlerinstanzen“ wie Kulturorganisationen und Kulturtransfer-Organismen sowie alternative Zivilisationsmodelle hatten. Daß solche Faktoren im deutsch-französischen Verhältnis nicht nur offenkundig vorhanden, sondern auch zeitweilig nicht zu unterschätzenden Einfluß ausübten, ist evident. Sie wurden auf beiden Seiten des Rheins als Herausforderung aufgefaßt und jeweils spezifisch verarbeitet.

Wie der in den beiden vorangegangenen Kolloquien vorgenommene Vergleich der Eliten so vermag auch eine Analyse der unterschiedlichen Einwirkungen „Dritter“ die Eigenart der deutsch-französischen Beziehungen aus einer besonderen Perspektive heraus zu erhellen.

Die Verschiedenartigkeit der Drittfaktoren und ihrer Wirkungsweise im deutsch-französischen Verhältnis läßt eine Analyse der Staatenwelt unter diesem Aspekt erkennen.

Handfeste und – wie Entwicklungen bis heute bezeugen – stets aktuelle Machtkämpfe um Einflußzonen und Verbündete bringt eine Analyse des *Einwirkens dritter Großmächte* auf das deutsch-französische Verhältnis ans Licht. Für die meiste Zeit in unserem Jahrhundert haben die Flügelmächte Europas, die USA und die Sowjetunion, nachhaltig, wengleich auf höchst unterschiedliche Weise auf diese Beziehungen eingewirkt. Die Sowjetunion spielte zu verschiedenen Zeiten und mit unterschiedlicher Intensität für beide Länder eine wichtige Rolle entweder als potentielleres Gegengewicht gegen den Nachbarn oder als Gefährdungspotential. Die französisch-sowjetischen Verträge von 1935 und 1944, die deutsch-sowjetischen Verträge von Rapallo und Berlin sowie als Extremfall der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 belegen dies ebenso wie der deutsche Krieg gegen die UdSSR ab 1941 und dann der Ost-West-Konflikt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Das Bemühen der Sowjetunion ging stets dahin, Deutschland oder Frankreich durch jeweils gegen den anderen gerichtete Bindungen aus einer westlichen Kombination herauszuhalten. Die USA haben ihrerseits mit unterschiedlichen Mitteln und Zielperspektiven versucht, das französische Sicherheitsproblem gegenüber Deutschland wie gegenüber der Sowjetunion zu lösen und gleichzeitig die „deutsche Frage“ als europäisches Kernproblem zu bewältigen. Entsprechend hat Frankreich seine Ostpolitik und Deutschland seine Bindungen an

die USA zweitweilig auch als Balancefaktor im Rahmen der deutsch-französischen Beziehungen verstanden.

Allgemein formuliert kann man sagen, daß es sich bei den *Einwirkungen dritter Großmächte* auf das deutsch-französische Verhältnis um ein kompliziertes Zusammenspiel verschiedener, gleichsam in einem Dreiecksverhältnis zueinander stehender interdependenter Faktoren handelte: die deutsch-französischen Beziehungen wurden nicht nur von jeder einzelnen Großmacht beeinflusst, sondern ebenso durch das sich wandelnde Verhältnis der Großmächte untereinander. Insofern war das deutsch-französische Verhältnis – nicht ausschließlich zwar, aber doch stets – eine Funktion des Verhältnisses der Großmächte untereinander. Auf dieses wirkten wiederum die Politik von Paris und Berlin bzw. Bonn hinein.

Dies gilt, was *mittlere und kleinere Mächte* angeht, mindestens analog für die Rolle, die ein Mittelstaat wie *Polen* für das deutsch-französische Verhältnis in der Zwischenkriegszeit gespielt hat. Frankreich und Polen fanden sich aus keineswegs deckungsgleichen Interessen – Paris aus Sicherheitsgründen, Warschau, um Oberschlesien zu gewinnen – gegen den anderen Großstaat, Deutschland, zusammen. Eine Analyse vermag sehr gut das angesprochene Dreiecksverhältnis interdependenter Faktoren aufzuzeigen: die angelsächsischen Mächte verweigerten Frankreich eine Sicherheitsallianz und verwiesen Paris damit auf Warschau; Deutschland reagierte mit Wiederaufnahme seines Drahtes nach Rußland, das inzwischen zur Sowjetunion geworden war. Die europäischen Auswirkungen zeigten sich im Kampf um Oberschlesien, in Rapallo und im Ruhrkampf. Der Versuch, in Locarno die europäischen Machtverhältnisse ebenso wie die deutsch-französischen Beziehungen zu stabilisieren, brachte die Interessendivergenz zwischen Polen und Frankreich ans Licht: Polen erhielt im Gegensatz zu Frankreich und Belgien keine Grenzgarantien; Berlin dagegen hielt sich mit dem Berliner Vertrag mit Moskau trotz Locarno ostpolitische Optionsmöglichkeiten offen.

Gerade das polnisch-französische-deutsche Dreiecksverhältnis zeigt die prekäre Stellung dieser Länder im europäischen Konzert. Das enthüllt ebenfalls die Untersuchung des Stellenwertes, den andere Mittel- bzw. Kleinstaaten wie Italien, Belgien oder auch die zerfallende einstige Großmacht, das Osmanische Reich, für das deutsch-französische Verhältnis hatten. *Die Politik Frankreichs und Preußens in den orientalischen Krisen* von 1821-29 und 1839-41 führte bald zur Gefahr ihrer Isolierung, bald zu einer letztlich unsinnigen und folgenreichen Polarisierung – unsinnig, weil keine vitalen Interessen dort zu verteidigen waren, folgenreich, weil die psychologischen Auswirkungen die Beziehungen beider Länder längere Zeit belasteten.

Die Staaten des Balkans waren vor 1914 für das bilaterale Verhältnis zwischen Berlin und Paris insofern bedeutsame „Drittfaktoren“ als sie zunächst ein Terrain deutsch-französischer Kooperation – vor allem auf dem Bankensektor – darstellten. Sodann aber entstanden dort in den letzten drei Jahren vor dem ersten Weltkrieg Interessendivergenzen, die sich schließlich zu fatalen Antagonismen zuspitzten. Machtpolitische Interessen haben in diesem Zeitraum auf den ökonomischen und finanziellen Bereich nachdrücklich eingewirkt. Beide Seiten setzten damals die „Finanzwaffe“ und den Außenhandel,

insbesondere den Waffenhandel, zielgerichtet ein. So zerfiel der Balkan in umkämpfte Einflußsphären; das bilaterale Verhältnis wurde schwer belastet. In der Rivalität um Einfluß in Drittländern verbanden sich die Faktoren „Wirtschaft und Finanzen“ mit dem politischen Faktor. Die betroffenen Länder wurden somit zu Objekten, damit zu Herausforderungen und indirekt auch zu Wirkfaktoren.

Die Funktion, die Italien als eine in das Konzert der Großmächte aufstrebende, schon relativ starke „Schwellenmacht“ in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland vor 1914 ausübte, wurde bestimmt von den bündnispolitischen, finanz-ökonomischen und kulturellen Konkurrenzbestrebungen der beiden rivalisierenden Großmächte. So wirkte sich die Rivalität zwischen Österreich-Ungarn und Italien am Vorabend des Ersten Weltkrieges allmählich gegen Deutschland und zugunsten Frankreichs aus.

Der Wettstreit um ökonomischen und kulturellen Einfluß sowie um politisch-strategisch bedeutsame Bündnisbindungen brachte in Drittländern wie Italien oder in Regionen, die – wie der Balkan – nicht unbedingt zu den vitalen Interessenbereichen der beiden Großmächte gehörten, eher Belastungen denn Vorteile.

Das Beispiel Belgiens zeigt, wie ambivalent die Position kleinerer Mächte im Sog zweier, antagonistischer Großmächte war. Internationale Krisen wie z.B. der Ruhrkampf brachten die strukturelle Abhängigkeit dieses Landes von der jeweils aktuellen außen- wie innenpolitischen Konjunktur in den großmächtigen Nachbarn ans Licht. Eine genauere Untersuchung enthüllt dagegen, daß ihre geostrategische Position ihnen – wie im Falle Belgiens – unter bestimmten Umständen eine prekäre Schlüsselposition verleihen konnte und damit eine erhebliche Bedeutung für die beiden großen Nachbarländer gab, jedenfalls solange diese in antagonistischer Gegensätzlichkeit zueinander verharrten.

Die besondere Bedeutung des kulturellen Faktors und die Relativität des ökonomischen Elementes kann dagegen am *Beispiel Luxemburgs* deutlich gemacht werden. Dort war die in spezifischer Weise sozialstrukturierte Frankophonie für die Herausbildung einer nationalen Identität des kleinen Staates viel entscheidender als die ökonomischen Bindungen. Die aufstrebenden, rasch tonangebenden Mittelklassen richteten sich zunehmend kulturell nach Frankreich aus. Gleichzeitig aber festigten sich die ökonomischen Bindungen zu Deutschland. Das wirft ein erhellendes Licht auf das komplexe Bedingungsgefüge, innerhalb dessen ein kleiner Staat das Gleichgewicht zwischen den beiden großen Nachbarn suchen und halten mußte bzw. in dem die benachbarten Großstaaten konkurrierend agieren mußten. So beeinflussten innenpolitische Konstellationen die Position eines Dritten zwischen den beiden Großmächten und damit indirekt auch deren Beziehungen zueinander.

Kleinststaaten besonderer Art, wie der *Vatikan*, bedurften und bedürfen hinwiederum in der internationalen Machtpolitik der Instrumentalisierung dritter Großmächte wie z.B. der USA, um sich und ihre Interessen – wie auch immer diese definiert und von anderen perzipiert wurden – im deutsch-französischen Verhältnis zur Geltung zu bringen. Eine vertiefte Analyse müßte dabei auch nach den Motiven und Zielsetzungen des Vatikans fragen. Es ist klar, daß vordergründig betrachtet die vatikanische Politik in den asymmetrischen Situationen nach 1918 und nach 1945 eher für Deutschland positiv zu Buche schlug

als für Frankreich bzw. für die Sowjetunion. Man darf dabei jedoch nicht übersehen, daß es sich um eine genuine Versöhnungs- und Friedensstrategie handelte, welche das letztlich für alle Beteiligten sinnvolle Doppel-Ziel hatte, den jeweiligen Sieger zurückzuhalten *und* beim Besiegten Revanchegelüste einzudämmen. Daß nach 1945 jedoch auch religiöse und ideologische Antagonismen (Vatikan – Sowjetunion) als weitere gewichtige Wirkfaktoren hinzukamen, ist ebenso offensichtlich. Die Beurteilung der Rolle des Vatikans im deutsch-französischen Verhältnis ist deswegen so schwierig, weil angesichts der „Doppelnatur“ dieses besonderen Völkerrechtssubjektes die für eine Analyse zwischenstaatlicher Beziehungen ansonsten adäquaten, nämlich primär machtpolitischen Kategorien keine oder nur begrenzte Erklärungskraft besitzen.

Das gilt in besonderer Weise natürlich für die Beurteilung des Einflusses anderer *nicht-staatlicher transnationaler Faktoren*. Sie werden in Fallstudien aus den Bereichen von Konfessionen, Zivilisationsmodellen und kulturellen Herausforderungen vorgestellt, die zu aufschlußreichen Erkenntnissen führen, welche über die Einzelbeispiele durchaus hinausweisen und die Forschung zu stimulieren geeignet sind.

Bei aller Internationalität nahmen die organisatorischen und auch inhaltlichen Ausprägungen von universalistisch ausgerichteten Kräften wie der kommunistischen Ideologie und den christlichen Konfessionen in Deutschland und Frankreich eine je spezifisch nationale Couleur an. Das blieb im Verhältnis der jeweiligen kommunistischen Parteien bzw. Nationalkirchen im bilateralen wie im übernationalen Kontext nicht ohne Wirkung.

So hatten strategische Wendungen, welche die Komintern und die Sowjetunion den kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands zugemutet haben, tiefgreifende Auswirkungen nicht nur auf die inneren politischen Kräfteverhältnisse dieser Länder sondern auch auf das deutsch-französische Verhältnis. Nicht zu unterschätzende Konsequenzen hatte zum Beispiel die ab 1934 einsetzende positive Haltung des PCF zur liberaldemokratischen Republik und zur Landesverteidigung nach langen Jahren einer Strategie des „revolutionären Defätismus“, – eine Wende, der auf deutscher Seite schon 1923 mit der KPD-Strategie der „nationalen Befreiung“ während des Ruhrkampfes eine frühe Analogie vorausgegangen war. Zwischen 1939 und 1941 war es dann die „strange alliance“ des Hitler-Stalin-Paktes, die den kommunistischen Untergrund in Deutschland in Verwirrung stürzte und in Frankreich zum Verbot des PCF führte. Ab 1941 kam es dann wiederum zum Wiederaufstieg des PCF zu einer nationalen Kraft in der Résistance gegen die deutsche Besatzungsherrschaft. Die Auswirkungen von Aktivitäten einer „dritten Macht“ – in diesem Fall einer ideologischen Muttermacht – auf die inneren Zustände eines Landes und ihre Rückwirkungen auf das deutsch-französische Verhältnis sind also mehr als offenkundig. Das läßt sich analog in der Phase des „Kalten Krieges“ nach 1947 nachweisen. Damit kommt auch das Gewicht bestimmter innerpolitischer Faktoren – wie beispielsweise der Antikommunismus und damit das Spannungsverhältnis von „défense nationale“ und „défense sociale“ bei nationalen Eliten – in den Blick. Die Kooperation von traditionellen Eliten mit Hitler in Deutschland seit 1933 und das Aufkommen antikom-

munistischer Massenbewegungen wie dem PPF in Frankreich in der Volksfront-Periode sind hierfür bezeichnende Beispiele.

Noch komplexer werden die Wirkzusammenhänge bei einer Konfession wie dem *Protestantismus*. Seine nationalen Ausprägungen waren zwar nicht auf das Machtzentrum einer universalen Kirche oder einer ideologischen Zentrale hin bezogen, hatten gleichwohl aus historischen, theologischen, aber auch politischen Gründen spezifische Beziehungen zu Gesellschaft und Politik anderer Länder, wie etwa dem deutschen Luthertum und dem Genfer Calvinismus. Im deutsch-französischen Spannungsfeld war dabei wichtig, daß der französische Protestantismus sowohl innerfranzösisch wie im bilateralen Kontext eine asymmetrische Größe darstellte: In Frankreich war er numerisch minoritär, aber sozio-ökonomisch von nicht zu unterschätzendem Gewicht, in Deutschland dagegen numerisch majoritär, sozio-ökonomisch dominant, vor allem definierte er sich im Bismarck-Reich geradezu staatsideologisch; im dominant katholischen Frankreich war das französische Luthertum in Elsaß-Lothringen nicht zuletzt aus diesem Grunde – mindestens zeitweilig – in Gefahr, als „deutsches“ Phänomen diskreditiert zu werden; wie auch immer, die „haute société protestante“ blieb ein aus französischer Politik und Kultur nicht fortzudenkendes Phänomen. Die Einwirkungen des französischen Protestantismus auf das deutsch-französische Verhältnis waren subtil, aber dennoch bedeutsam. Allerdings standen die übernationalen konfessionellen Bindungen und Beziehungen nicht so stark und nicht so unmittelbar in Spannung zu den politischen Realitäten von „Nation“ und „nationalen Interessen“ wie es beim Weltkommunismus mit seiner unauflösbaren Verbindung von Ideologie und sowjetischen Machtinteressen der Fall war.

Weitere Fallstudien beleuchten die Vielschichtigkeit der *Einflüsse und Auswirkungen von fremden Zivilisationsmodellen und alternativen Wirtschaftsformen* auf die beiden Länder und auf deren bilaterale Beziehungen. Solche Modelle gaben in beiden Staaten bedeutsame Anstöße zur Reflexion über die eigene Situation und damit über die Zukunftsaussichten des eigenen Landes im Zwischenkriegseuropa. Sie stellten damit einen Indikator für die Fähigkeit dar, solche Herausforderungen konstruktiv zu verarbeiten. In beiden Ländern ist eine unterschiedlich akzentuierte, insgesamt aber positive Einstellung gegenüber dem amerikanischen *Wirtschaftsmodell* festzustellen, entsprechenden *Zivilisationsmodellen* dagegen stand man diesseits wie jenseits des Rheins mit kritischer Reserve gegenüber. Letztere wurden gar als Bedrohung nationaler Werte und Lebensformen betrachtet; anders ausgedrückt: Unternehmer und Industrielle waren offensichtlich aufgeschlossener als die auf ein nationales Kulturerbe fixierten Intellektuellen. Hier wäre die Frage nach den Ursachen solcher Unterschiede zu stellen. Wirkten sich diesbezüglich in beiden Gruppen politisch und sozial unterschiedlich vorformierte Perzeptionsraster aus? Waren Intellektuelle etwa stärker verwurzelt in nationalen Kulturen als es bei Unternehmern der Fall war, die ja auch eine andersartige Sozialisation durchlaufen hatten? Weitere Untersuchungsschritte wären noch notwendig, um auch die Dimensionen des Modernisierungs-Potentials in beiden Ländern in den Blick zu bekommen. So wäre die Wirkung moderner Medien wie Radio und Film in beiden Ländern und die gegenseitige Beeinflussung zu ergründen. In die Betrachtung

einzubeziehenden wären auch Ursachen und Eigenart, sowie Ausmaß und Intensität der Attraktivität, welche das dem amerikanischen Modell konträre Zivilisationsmodell, das Sowjetmodell, auf Intellektuelle damals ausübte.

Weiterführende Anstöße vermag auch eine Analyse der *politisch-gesellschaftlichen Orientierung eines Teils der deutschen Jugend* in der Zwischenkriegszeit zu geben. Nur auf den ersten Blick scheint diese Thematik nichts mit dem bilateralen Aspekt zu tun zu haben; sie vermittelt jedoch wesentliche Anstöße zu weiterführenden Gedanken und Forschungsimpulsen: Die damalige Orientierungskrise war nämlich – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – für die Jugend *beider* Länder eine ernste Herausforderung, auf die sie mit nachdrücklichem Engagement reagierte. Eine breiter angesetzte Analyse würde gewiß interessante Parallelen enthüllen: Repräsentative Gruppen der deutschen Jugend lehnten – gleichsam als späte Ausläufer der Jugendbewegung – die als dekadent empfundene Kultur des Westens radikal ab; dem entsprach in Frankreich die dezidierte Zurückweisung des westlich-kapitalistischen Systems nicht nur durch kommunistische Gruppierungen sondern auch von nicht-kommunistischen jungen Intellektuellen wie etwa jenen, die den „Esprit des Années Trente“ repräsentierten; sie identifizierten das kapitalistische System primär mit Amerika, dann aber auch mit den eigenen nationalen sozio-ökonomischen Strukturen. Man wird sich hier allerdings vor Pauschalierungen hüten müssen: War im Deutschland der Zwischenkriegszeit für die einen „der Westen“, symbolisiert durch Frankreich, Gegenstand der Ablehnung, ja der Bekämpfung, so war für andere Gruppen junger deutscher Intellektueller gerade Frankreich, insbesondere die „Idee Paris“, das geistige Mekka. Für wieder andere junge Deutsche und Franzosen dagegen war der positive Bezugspunkt Moskau! Offensichtlich war die herausgestellte Empfänglichkeit für politische Instrumentalisierung keineswegs nur im deutschen Raum und keineswegs nur in eine politische Richtungweisend zu finden. Die Faszination nicht nur junger Menschen durch „Chicago“ oder durch „Moskau“, durch amerikanischen „Fordismus“ oder durch moskovitischen Kommunismus, aber auch durch einen nationalistisch-rassistischen Fundamentalismus oder römisch aufgeputzten Autoritarismus à la Mussolini gehörte gleichermaßen zu den Symptomen einer tiefgreifenden Orientierungskrise der Jugend in beiden Ländern. Solche Reflexionen – hier nur ansatzweise angesprochen – erweitern die Fragestellung hin zu einer Betrachtung des nach dem Ersten Weltkrieg in beiden Ländern verbreiteten Bewußtseins einer Zivilisationskrise.

Fraglos war die Ablehnung des Westens durch junge Deutsche in der Zwischenkriegszeit auch eine Art kultureller Kompensationserscheinungen auf eine nationale Niederlage. Man könnte unter Ausweitung des zeitlichen Rahmens diesen Gedanken weiter verfolgen. Analoge nationale Kompensationserscheinungen traten nach 1871 in Frankreich in einer gleichermaßen positiv wie negativ perzipierten Vorbildfunktion des Gegners („la Crise allemande de la pensée française“) auf; in dem besiegten und gedemütigten, aber in seinem kulturellen Selbstbewußtsein und politische Sendungsbewußtsein keineswegs angeschlagenen Deutschland kompensierte man die Niederlage von 1918 mit Ablehnung des kulturellen Vorbildes der Siegnation Frankreich, ja der westlichen „Zivilisation“ überhaupt. Nach 1945 war dagegen die Reaktion sehr viel komplexer: die intellektuelle

Öffnung gerade auch der deutschen Jugend nach dem Westen, der nicht nur durch die Angelsachsen, sondern auch durch die „Civilisation française“ repräsentiert wurde, hat das Verhältnis der Nationen beiderseits des Rheins stark geprägt. Das zeigte sich unter anderem sehr deutlich im Verlauf der „contestation“ der 68er Generation mit dem jeweiligen Establishment. Wie auch immer die Reaktionsweisen waren, deutlich erkennbar ist – trotz mancherlei Forschungsdesiderate auf diesem Gebiet –, wie bedeutsam nach den beiden Kriegen die Herausforderungen durch alternative „Zivilisationsmodelle“ waren und wie wichtig die hier zum Ausdruck kommenden Kompensationsmechanismen für das Verhältnis der beiden Nationen gewesen sind.

Demgegenüber waren die Impulse und Einflüsse auf das deutsch-französische Verhältnis, die aus den in Zusammen- bzw. Gegeneinanderwirken höchst wechselhaften *Beziehungen der beiden Staaten in internationalen Kulturorganisationen* ausgingen, weitaus geringer. Einer der Gründe dafür ist, daß – wie schon eine erste Analyse dieses Komplexes zeigt – das einzelstaatliche Kulturengagement wohl abhängt von den großen außenpolitischen Konjunkturen, daß es sich jedoch durchaus nicht immer, nicht automatisch und nicht vollständig in Gleichklang mit der jeweiligen außenpolitischen Konzeption des betreffenden Landes darstellt. Auswärtige Kulturpolitik ist in ihrer zwangsläufigen Eingebundenheit in die überkommene nationale Kultur und in ihrer Gebundenheit an traditionelle Kulturmissionsideen offenbar weit weniger Ausfluß einer bestimmten Außenpolitik als man anzunehmen geneigt ist. Hinzu kommt, daß die Handlungsmuster internationaler Kulturorganisationen einem sehr komplexen Entscheidungsprozeß entspringen, der einzelstaatlicher Einwirkung nur zum geringen Teil verfügbar ist.

Alles in allem hat das Kolloquium von Paray-le-Monial trotz – oder gerade wegen – mancherlei offener Fragen und organisationsbedingter inhaltlicher Lücken gezeigt, daß die Thematik der „Dritten Faktoren“ im bilateralen Verhältnis interessante inhaltliche Dimensionen sowie neue Perspektiven für die künftige Forschung zu eröffnen vermag.

**Les grandes puissances entre la France et
l'Allemagne – Großmächte zwischen
Frankreich und Deutschland**

Klaus Schwabe

Die Vereinigten Staaten und die Sicherheit Frankreichs 1918-1955

I.

Es war die „Stunde Amerikas“.¹ Am 6. Oktober 1918 erhielt der amerikanische Präsident Woodrow Wilson die Note des Deutschen Reiches, die um Waffenstillstand und einen Friedensschluß zu amerikanischen Bedingungen, das heißt den von Wilson verkündeten Vierzehn Punkten, bat. Der Präsident leitete das Ersuchen an die europäischen Verbündeten weiter. Diese setzten sich Mitte Oktober in Paris zusammen, um die Deutschland zu gewährenden Waffenstillstandsbedingungen festzulegen. Frankreich forderte eine alliierte Besetzung des Rheinlandes mit Brückenköpfen am Ostufer des Flusses. Gegen dieses Ansinnen erhob Wilson Bedenken, indem er erklärte: „Wir sollen mit aller Macht nach einem Waffenstillstand streben, der die Erneuerung von Feindseligkeiten durch die Deutschen verhindert, der aber sonst so maßvoll und so vernünftig wie möglich ist... Zu viel Erfolg und zu viel Sicherheit für die europäischen Alliierten würde den Friedensschluß äußerst schwierig machen“.²

Diese Weisung Wilsons war symptomatisch, und man kann sie zum Motto für die Haltung der Vereinigten Staaten zum Problem der Sicherheit Frankreichs insgesamt machen, und zwar in mehrerlei Hinsicht: Zum einen zeigt sie, daß für die USA die Sicherheit Frankreichs gewiß ein Problem erster Ordnung gewesen ist – Wilson erklärte mehrfach, Frankreich liege an der „Grenze der Freiheit“³ –, daß sie es aber stets in europäischem Zusammenhang sahen; zum anderen bezeugt sie, daß sich die USA nicht als Anwalt eines bestimmten europäischen Staates, sondern als Schiedsrichter gegenüber *allen* europäischen Mächten verstanden; und schließlich macht sie deutlich, daß den USA der Gedanke eines europäischen Mächtegleichgewichtes in der Praxis nicht fern gelegen hat, auch wenn sie seine Verbindlichkeit in der Theorie immer wieder leugneten: Noch ehe Deutschland die Waffen gestreckt hatte, gab es für Wilson auch schon die Möglichkeit eines „Zuviel“ an Sicherheit für Frankreich gegenüber Deutschland.

¹ So der Titel der einschlägigen Darstellung: Arthur Walworth, *America's Moment: 1918*, New York 1977.

² Wilson an House, zitiert bei: Ray. S. Baker, *Woodrow Wilson, Life and Letters*, Bd. 8, London (1939), S. 523.

³ Zitiert bei: Henry Blumenthal, *Illusion and Reality in Franco-American Diplomacy 1914-1945*, Baton Rouge 1986, S. 72.

Wenn also, wie zunächst nur behauptet werden soll, durchgängige Grundzüge im amerikanischen Verhalten zur Frage der Sicherheit Frankreichs zweifellos erkennbar sind, so besaß diese Frage für die USA jedoch mit den wechselnden historischen Begleitumständen einen *unterschiedlichen Rang*. In welchem Umfang und in welcher Weise dies zutraf, ist die eine Frage, die die nachfolgende Skizze durchziehen soll. Die andere Frage, der der Leser immer wieder begegnen wird, ist die nach den Mitteln, welche die amerikanische Außenpolitik jeweils einzusetzen bereit war, um Frankreichs Sicherheit zu gewährleisten, und nach den Motiven, warum sie dies tat.

Mit diesen beiden Fragen als „Leitmotiven“ soll die folgende Darstellung in sechs Phasen gegliedert werden – eine erste für die Jahre 1918/19, eine zweite für den Zeitraum von 1919 bis 1933, eine dritte für die Mittdreißigerjahre, eine vierte für die Jahre 1938 bis 40, eine fünfte für den weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges und schließlich eine sechste für die Nachkriegszeit bis 1955.

II.

Als Schiedsrichter, Hüter des europäischen Gleichgewichts und Garant für die Verwirklichung der spezifisch amerikanischen Friedensziele – vor allem des Selbstbestimmungsrechts der Völker – verstanden sich die USA bereits in der *ersten* hier zu skizzierenden Phase, das heißt auf der Pariser Friedenskonferenz: dem ersten Versuch einer Einbeziehung der USA in ein primär europäisches Sicherheitssystem. Der amerikanische Präsident Wilson hatte zwar die französischen Waffenstillstandsbedingungen akzeptieren müssen, die auf eine totale militärische Entmachtung Deutschlands hinausliefen. Doch für den Friedensschluß trat er, zusammen mit dem britischen Premier Lloyd George, den französischen Forderungen entgegen. Die deutsch-französische Grenze blieb völkerrechtlich auf dem Stand von 1869. Wilson hielt darüber hinausgehende französische Wünsche nicht nur für unberechtigt, sondern neigte ähnlich wie seine militärischen Berater sogar dazu, in ihnen ein französisches Streben nach Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent zu erblicken.⁴ Bis in den Beginn der dreißiger Jahre hinein blieb der Vorwurf französischen Hegemonialstrebens ein wichtiges internes Argument der amerikanischen Regierung gegen die Unterstützung der französischen Sicherheitswünsche.⁵ Die Sicherheit Frankreichs hielt Wilson durch die Abrüstung Deutschlands und den Völkerbund für gewährleistet, obwohl dieser, anders als Frankreich gehofft hatte, über keine eigenen Streitkräfte verfügte. Dennoch: Ein Mehr an Entgegenkommen gegenüber Frankreichs Friedenswünschen hätte aus der Sicht Wilsons dem Gleichgewicht der Kräfte in Europa widersprochen.⁶

⁴ Blumenthal, *Illusion and Reality*, S. 78, 126. Der französische Botschafter in Washington protestierte im März 1920 gegen Wilsons Verunglimpfung Frankreichs als „militaristisch“ (ibid., S. 110)!

⁵ Melvyn P. Leffler, *The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security 1919-1933*, Chapel Hill 1979, S. 261.

⁶ Klaus Schwabe, *Woodrow Wilson, Revolutionary Germany, and Peacemaking*, Chapel Hill 1985, S. 172 f., 186, 228, 399 ff.; ders., „Die Vereinigten Staaten und die Sicherheit in Europa“, in: Jochen Elvert u.

Im Austausch für den Verzicht Frankreichs auf eine dauernde Abtrennung des Rheinlandes von Deutschland schloß er dann zusammen mit Großbritannien einen zusätzlichen Garantievertrag mit Frankreich ab, der die beiden angelsächsischen Mächte verpflichtete, „Frankreich sofort beizustehen“ falls Deutschland „unprovizierte Aggressionsschritte gegen Frankreich tun würde“. Dies galt insbesondere für den entmilitarisierten Status des Rheinlandes, dessen Verletzung im Versailler Vertrag eo ipso als „feindseliger Akt“ definiert worden war.⁷ Dies ist, insbesondere aus der Sicht Wilsons, keine bedingungslose und automatische militärische Hilfszusage der angelsächsischen Mächte für Frankreich gewesen, besaß aber als Abschreckung Deutschlands dessenungeachtet eine erhebliche politische, ja historische Bedeutung, weil bis dahin Großbritannien und erst recht die Vereinigten Staaten eine so weitgehende Vertragsverpflichtung noch nicht eingegangen waren.⁸

Bekanntlich ist dieser Garantievertrag vom amerikanischen Senat nicht gebilligt worden und trat deshalb niemals in Kraft. Bemerkenswert bleibt dennoch, daß er, obwohl er einen klaren Bruch mit der isolationistischen Tradition der USA darstellte, in der großen inneramerikanischen Kontroverse um den Versailler Vertrag bei führenden republikanischen Gegnern Wilsons (so Lodge) als solcher gar nicht strittig gewesen ist und wahrscheinlich die Zustimmung der erforderlichen Senatsmehrheit (2/3) gefunden hätte, wenn er völkerrechtlich nicht mit der Satzung des von Wilsons Gegnern so verabscheuten Völkerbundes verknüpft gewesen wäre.⁹ Gerade darauf aber bestand Wilson. So wurde der Garantievertrag überhaupt nicht gesondert beraten, sondern stand zusammen mit dem Versailler Vertrag und der Völkerbundsakte faktisch als „Paket“ auf der Tagesordnung des Senats. Teils innenpolitisch, teils traditionalistisch, teils nationalistisch begründete Einwände brachten dann dieses ganze Paket zu Fall.¹⁰ Ironischerweise nahm die französische Öffentlichkeit von diesen Vorgängen kaum Notiz.¹¹

Michael Salewski (Hg.), *Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert*, Teil 1: *Transatlantische Beziehungen*, Stuttgart 1993, S. 104 f.

⁷ *Papers relating to the Foreign Relations of the United States: The Paris Peace Conference* (künftig FRUS: Paris), Washington 1946, Bd. 5, S. 485 f., und Bd. 6, S. 736 f., ferner Artikel 44 des Versailler Friedens, dazu FRUS: Paris, Bd. 5, S. 91.

⁸ FRUS: Paris, Bd. 5, S. 474 f., 486 ; dazu: Lloyd E. Ambrosius, *Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition. The Treaty Fight in Perspective*, Cambridge 1987, S. 111 f.

⁹ Lodge schrieb: „If there had been no proposition such as is included in Article 10 [der Völkerbundssatzung], but a simple proposition that it would be our intention to aid France, which is our barrier and outpost, when attacked without provocation by Germany, I should have strongly favored it, for I feel...the immense value her gallant defense was to the whole world. But they have made the French treaty subject to the authority of the League, which is not to be tolerated. If we ever are called upon to go to the assistance of France as we were two years ago, we will go without asking anybody's leave. It is humiliating to be put in such an attitude and not the least mischief done by the League is that article 10 will probably make it impossible to do anything for France as Root recommends and as many of our Senators desire.“, zitiert bei: Ambrosius, Wilson, S. 160, auch S. 211 f.

¹⁰ Dazu Ambrosius, Wilson, S. 163 ff., 243 ff. und passim.

¹¹ Jean-Baptiste Duroselle, *La France et les États Unis des origines à nos jours*, Paris 1976, S. 129.

III.

Trotzdem kann man – und wir erreichen damit bereits die *zweite* Phase der amerikanischen Frankreichpolitik in der Sicherheitsfrage – die Bedeutung der endgültigen Ablehnung des Versailler Friedenswerkes durch den amerikanischen Senat (am 19.3.1920) gar nicht überschätzen, war doch Amerika – die Macht, der die europäischen Westmächte ihren Sieg über die Mittelmächte letztlich verdankten¹² – aus der Reihe der militärisch-sicherheitspolitischen Garantiemächte des Friedensschlusses ausgeschieden, und mit den USA auch Großbritannien, so daß Frankreich bündnismäßig im Jahre 1920 schlechter dastand als bei Kriegsausbruch 1914. Der große Kompromiß von Versailles, der darin bestand, daß die deutsche Westgrenze – mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy – intakt blieb und sich die angelsächsischen Mächte im Austausch dagegen für die Sicherheit Frankreich vertraglich engagierten, war in sich zusammengefallen. Die Phase einer sicherheitspolitischen Abkoppelung der USA von Europa begann. Dies geschah nicht so sehr, weil die amerikanische Regierung die Bedeutung der Sicherheit Frankreichs an sich zurückstufte, sondern weil sie wirtschaftlich-finanzielle Mittel für ausreichend hielt, um die Sicherheit Frankreichs zu gewährleisten. Die Forderung nach Abschluß eines Sicherheitsvertrages, wenn schon nicht mit den USA, dann doch auf jeden Fall mit Großbritannien als Ersatz für den gescheiterten Garantievertrag von 1919 gehörte seitdem zum Standardrepertoire der Forderungen, die Frankreich gegenüber den angelsächsischen Mächte erhob – eine „trügerische Suche“ freilich, wie sich bald herausstellte.¹³

Solange die Angelsachsen darauf nicht eingingen, lag es für die französische Außenpolitik zunächst nahe, mit eigenen Mitteln für die eigene Sicherheit zu sorgen – so wie sie es nach langem Zögern mit der Besetzung des Ruhrgebietes im Januar 1923 praktiziert hat. Doch damit setzte Frankreich sein Einvernehmen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten aufs Spiel. Die USA zogen sofort nach Bekanntwerden der französischen Ruhraktion die amerikanischen Truppen aus ihrer Besatzungszone im Rheinland ab und distanzieren sich damit demonstrativ von dem französischen Streben nach Sicherheit im Alleingang in einer Weise, die, wie es schien, das Gleichgewicht der Kräfte in Europa gefährdete.¹⁴

Letztlich konnte Frankreich dann die Ruhrbesetzung wirtschaftlich und diplomatisch nicht durchhalten. Unter gemeinsamem amerikanisch-britischem Druck willigte es in eine Sachverständigenuntersuchung der Reparationsfrage ein, die den französischen Einmarsch in das Ruhrgebiet veranlaßt hatte. Dies sollte sich als das Ende „der französischen Vorherrschaft“ auf dem europäischen Kontinent erweisen (Schuker) – wenn es eine solche

¹² Dazu: André Kaspi, *Le temps des Américains 1917-1918*, Paris 1976, S. 335 f., 342.

¹³ So der Titel der einschlägigen Monographie von M. Leffler (vgl. Anm. 5). Garantiewunsch: Blumenthal, *Illusion and Reality*, S. 105, 113; Briand-Lloyd George Gespräche Ende 1921; Frank Costigliola, *Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919-1933*, Ithaca 1984, S. 190; Briands Initiative für Kriegsächtungspakt April 1937; Blumenthal, S. 156 ff.; Laval-Besuch bei Hoover, Okt. 1931.

¹⁴ Werner Link, „Die Vereinigten Staaten und der Ruhrkonflikt“, in: Klaus Schwabe (Hg.), *Die Ruhrkrise 1923*, Paderborn 1986, S. 40 ff.

zwischen 1919 und 1923 wirklich gegeben hat.¹⁵ Denn mit der von den USA und von Großbritannien erwirkten Reparationsregelung verlor Frankreich praktisch seinen Anspruch auf militärische Sanktionen gegen ein möglicherweise zahlungsunwilliges Deutschland.¹⁶ Ein Ergebnis der Verhandlungsrunde im Frühjahr 1924 bis zur Londoner Konferenz war denn auch die Einwilligung Frankreichs in die Räumung des Ruhrgebietes binnen Jahresfrist. Wie J. Bariéty eindrucksvoll gezeigt hat, hofften die französischen Unterhändler als Gegenleistung dafür endlich auf den Abschluß eines anglo-französischen Sicherheitsvertrages. Doch diese Hoffnung trog, zumal die USA sich in keiner Weise hinter diesen französischen Wunsch stellten.¹⁷

Der Vertrag von Locarno vom 16. Oktober 1925, zu dessen Zustandekommen amerikanischer Druck mit beitrug,¹⁸ lieferte aus französischer Sicht einen nur unzureichenden Ersatz; denn er garantierte zwar die französische Ostgrenze, ließ aber – abgesehen von einem generellen Gewaltverzicht – die Frage der deutschen Grenzen mit den östlichen Verbündeten Frankreichs offen. Aus amerikanischer Sicht hatten dieser Vertrag und die darauf erfolgende, wie es schien, endgültige Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich das französische Sicherheitsproblem in europäischem Rahmen beseitigt. Er schien eine Ära eröffnet zu haben, in der allein wirtschaftliche Macht – nicht zuletzt die der USA – den Frieden in Europa garantierte. Daß das wirtschaftlich stärkere Deutschland damit bessere Karten erhielt als Frankreich, ist den zuständigen amerikanischen Stellen wohl nie so recht klar geworden. Man nahm das als Tatsache hin und betrachtete mehr und mehr eher Frankreich als Deutschland als den Störenfried in Europa.¹⁹ Auf jeden Fall erschien eine militärische Revanche Deutschlands, so wie man es in den späten zwanziger Jahren vor sich sah, als unmöglich. Auf der anderen Seite verlor der in den USA ohnehin diskreditierte Versailler Vertrag in der amerikanischen Öffentlichkeit und im Kongreß mehr und mehr an Glaubwürdigkeit. Die Reparationsbestimmungen galten ebenso als revisionswürdig wie die deutschen Grenzen gegenüber Polen und das in Versailles ausgesprochene Verbot eines Anschlusses von Österreich an Deutschland.²⁰ Daß damit Frankreich noch stärker verunsichert werden mußte, wurde nicht erkannt. Zwar vereinbarten die USA und Frankreich einen multilateralen Kriegsächtungspakt (Kellogg-Briand-Pakt vom 28. August 1928); doch enthielt dieser auf amerikanischen Wunsch und entgegen ursprünglichen französischen Hoffnungen keine Sanktionsbestimmungen gegen einen möglichen Friedens-

¹⁵ Stephen Schuker, *The End of French Predominance in Europe*, Chapel Hill 1976.

¹⁶ Costigliola, *Awkward Dominion*, S. 122.

¹⁷ Jacques Bariéty, *Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale*, Paris 1977, S. 663 f., 682.

¹⁸ Costigliola, *Awkward Dominion*, S. 126; Leffler, *Elusive Quest*, S. 116.

¹⁹ Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932*, Düsseldorf 1970, S. 345 f.

²⁰ Vgl. Costigliola, *Awkward Dominion*, S. 207, 223 und 235 (österreichisch-deutsche Zollunion), 239, und Stimson-Laval Gespräche in London 1931: Blumenthal, *Illusion and Reality*, S. 144, und Laval-Besuch in Washington im Oktober 1931 (ibid. S. 157 ff.; Leffler, *Elusive Quest*, S. 265 f.; und Costigliola, S. 246 ff.). Ferner jetzt: Bernard Burke, *Ambassador Sacket and the collapse of the Weimar Republik*, Cambridge 1995, S. 69 f., 127, 204 ff.

brecher und verpflichtete die USA damit zu nichts. Er war von daher für Frankreich sicherheitspolitisch uninteressant.²¹

Um so bedenklicher machte sich das Junktum aus, das die Amerikaner zwischen wirtschaftlicher Expansion und Abrüstung herstellten – ihre im Zeichen der großen Wirtschaftskrise entwickelte Zwangsvorstellung, daß eine wirtschaftliche Erholung Europas nur möglich sei, wenn die Siegermächte des Ersten Weltkrieges ihre Streitkräfte zu Wasser und zu Lande reduzierten, und daß speziell Frankreich durchaus imstande wäre, seine Schulden gegenüber den USA zurückzahlen, wenn es nur seine Rüstungskosten senkte.²² Später, unter dem Eindruck der sich verschärfenden Großen Wirtschaftskrise, stellten die Amerikaner dann einen ähnlichen Zusammenhang zwischen der Revision des Versailler Vertrages und der Entwaffnung der Westmächte her und traten damit ganz auf die deutsche Seite.²³ In diesem Sinne erklärte der amerikanische Außenminister Stimson in Übereinstimmung mit einem amerikanischen Finanzberater (Morrow):

„Die US-Regierung könnte durchaus mit den Franzosen darin übereinkommen, daß Sicherheit die Voraussetzung für Entwaffnung ist. Der kritische Punkt kommt aber mit der Definition... von Sicherheit. Wenn die Franzosen damit das dauernde Einfrieren des Nachkriegs-Status-quo meinen, einschließlich der Aufrechterhaltung von ungerechten und bitter verabscheuten Vertragsregelungen und eine übergewichtige militärische Macht, um ihn zu garantieren, dann können wir ihnen nicht zustimmen. Unsere Vorstellung von Sicherheit umschließt ein befriedetes Europa, und das bedeutet die friedliche Lösung von Problemen – eines nach dem anderen –, welche Europa daran hindern, zur Ruhe zu kommen...“.²⁴

Hier machten sich die USA – in blindem Glauben an die Effektivität einer nur wirtschaftlich-instrumentalisierten Diplomatie – zum Sprachrohr eines weiteren Abbaus der militärischen Sicherheit Frankreichs und gaben dem deutschen Streben nach Rüstungsparität moralische Unterstützung, ohne auf den französischen Wunsch einer angelsächsischen Sicherheitsgarantie für Frankreich einzugehen.²⁵ Auf der Londoner Abrüstungskonferenz im April 1931 schien sich eine Lösung dieses Dilemmas abzuzeichnen, als der US-Außenminister Stimson die Möglichkeit eines Konsultativvertrages zwischen den USA und Frankreich andeutete, der im Falle eines Angriffes auf Frankreich und dessen Unterstützung durch Großbritannien Konsultationen zwischen den USA und England vorsah und implizit die Möglichkeit tatsächlicher Zusammenarbeit.

Im Vorfeld des Besuches von Laval in Washington im Oktober 1931 wurde intern eine Einschränkung der amerikanischen Rechte als neutraler Macht erwogen, die im Kriegsfall einen Angreifer benachteiligen würden – ein Gedanke der dann von der Regierung

²¹ Costigliola, *Awkward Dominion*, S. 190 ff.; Duroselle, *La France et les États Unis*, S. 142 f.

²² Blumenthal, *Illusion and Reality*, S. 150 ff.; Costigliola, *Awkward Dominion*, S. 133.

²³ Costigliola, *Awkward Dominion*, S. 239.

²⁴ Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Stimson und Morrow, zitiert bei: Costigliola, *Awkward Dominion*, S. 246.

²⁵ Costigliola, *Awkward Dominion*, S. 227. Schon 1922 hatte der Befehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland festgestellt, daß Frankreich sich mit Tatsache, einen stärkeren Nachbarn zu haben, abfinden müsse (Blumenthal, *Illusion and Reality*, S. 151).